

Endstation Sehnsucht

Im äußersten Westen Bosniens endet für viele Flüchtlinge der Weg nach Westeuropa. Tausende sitzen gerade in den Kleinstädten Bihać und Velika Kladuša fest.

Von Michael Graupner

BIHAĆ, 10. August
Bürgermeister spüren die Auswirkungen der großen Politik als Erste; das gilt besonders für bosnische Bürgermeister. In einem Land, das drei Staatsoberhäupter und 13 Regionalregierungen hat, in dem viele Verantwortlichkeiten unklar bleiben, sind die Bürgermeister in einer misslichen Lage. Šuhret Fazlić, Bürgermeister der Kleinstadt Bihać im Westen des Landes, merkt das seit ein paar Monaten, seit Tausende Flüchtlinge in seine Stadt gekommen sind. Fazlić sitzt unruhig auf seinem Stuhl, Augenringe haben sich tief in sein Gesicht gegraben, er gestikuliert mit beiden Händen, die blauweißgelbe Flagge des Landes hängt eingerahmt hinter seinem Rücken. Unterstützung, sagt er, erhält er weder von seiner Regierung noch von der Europäischen Union: „Wenn im Mittelmeer ein Schiff mit 200 Migranten unterwegs ist, ist ganz Europa aufgebracht. Wenn in meine kleine Stadt jede Woche 150 Migranten kommen, interessiert das niemanden.“

In der Gegend um Bihać kann man beobachten, welche Folgen die Stärkung der europäischen Außengrenze zeigt. Es ist die Überforderung in Städten, die unmittelbar an dieser Außengrenze liegen. Von Bihać sind es nur wenige Kilometer bis zur bosnisch-kroatischen Grenze. Seit Kroatien die Grenzkontrollen verstärkt hat, gibt es fast kein Durchkommen mehr. Bihać und seine Nachbargemeinden sind für Flüchtlinge zu einer Sackgasse auf dem Weg in die EU geworden.

Seit Beginn des Jahres nutzen Flüchtlinge Bosnien als neues Transitland, über Kroatien und Slowenien wollen sie weiter nach Westeuropa. Der österreichische Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) hat bereits vor einer „neuen Flüchtlingswelle“ gewarnt, die über die sogenannte neue Balkan-Route auf Europa zukomme. Von solchen Warnungen hält Anne-Christine Eriksson wenig. Sie ist die Verantwortliche des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen für Südosteuropa und sagt: „Die Route ist insofern nicht neu, als sie schon die ganze Zeit da war.“ Auch säßen die meisten Menschen schon Jahre in Lagern in Griechenland oder Serbien fest und hätten sich nun über Serbien, Albanien oder Montenegro nach Bosnien aufgemacht. In Bosnien bleiben will fast niemand. „Die Zahlen sind zwar nicht mit 2015 vergleichbar“, sagt Eriksson, „aber für Bosnien sind sie eine große Herausforderung.“ Die bosnischen Behörden haben zum 22. Juli 9076 Flüchtlinge registriert. Im gesamten Jahr 2017 waren es nur 755.

Vor allem die Unterbringung von einigen tausend Menschen stellt Bosnien-Herzegovina vor Probleme. Das Land hat auch 23 Jahre nach dem Krieg immer noch mit dessen Folgen zu kämpfen – wirtschaftlich, aber vor allem politisch. So ist das komplizierte System alles andere als auf effizientes Handeln ausgelegt: Der Staat ist geteilt in die bosniakisch-kroatische Föderation, in der überwiegend Muslime leben, und die Bosnisch-serbische Republik. Letztere will sich an der Unterbringung nicht beteiligen: Ihr Präsident Milorad Dodik wirft der Föderation vor, dass sie bewusst muslimische Migranten ins Land lasse, um ihren Bevölkerungsanteil zu vergrößern.

Zumindest in Sarajevo hat die Stadtverwaltung die Situation unter Kontrolle be-



Da ist Geduld nötig: In Bihać warten Flüchtlinge auf die Essensausgabe – und darauf, endlich weiterreisen zu können.

Foto Getty

kommen. Die Hauptstadt ist der Knotenpunkt für Flüchtlinge. Von hier fahren sie mit dem Bus in den Westen. Aber als viele von ihnen vor zwei Monaten in den Parks ihre Zelte aufschlugen, löste die Stadt diese wilden Camps auf und brachte die Menschen in ein Aufnahmelager.

Daher bleibt es Bihać überlassen, die Flüchtlinge unterzubringen, einer kleinen Stadt mit gut 60 000 Einwohnern und nur wenigen Sehenswürdigkeiten. Die Altstadt ist schon im Zweiten Weltkrieg zerstört worden, im Bürgerkrieg war Bihać von serbischen Paramilitärs umstellt, kroatische und bosnische Militeinheiten sowie das Ende des Krieges verhinderten ein ähnliches Massaker wie in Srebrenica. Der Lage an der Una ist es zu verdanken, dass es im Sommer viele Touristen in die Stadt zieht. In diesem Sommer sind noch mehr Menschen da als sonst. Bürgermeister Fazlić



schätzt, dass sich derzeit bis zu 4000 Flüchtlinge in Bihać aufhalten. Sie sitzen auf Parkbänken, in Restaurants oder in Wettbüros, um den Geist ein bisschen anzustrengen, wie ein Pakistaner erzählt. Manche waschen sich in der Una, trocknen ihre Sachen dort. Anfangs zelten sie auch hier in Parks. Das hat Fazlić unterbunden und ihnen als Unterkunft ein ehemaliges Studentenwohnheim zugeteilt, das seit dem Krieg leer steht.

Das Wohnheim ist ein Betongerippe mitten im Wald. Wo einst ein paar Dutzend Studenten lebten, halten sich derzeit bis zu 1000 Menschen auf. Im Dunkeln des Gebäudes leuchten wenige Glühbirnen auf die unzähligen Zelte und Matratzen. Jedes Stockwerk hat einen anderen beißenden Geruch, an den Wänden verbleichen die Graffiti der vergangenen 20 Jahre. Wenn es regne, stehe überall Wasser, und die Fäkalien tropften durch das ganze Haus, berichten Helfer. Insgesamt leben mehr als 60 Familien hier, mehrheitlich aus Afghanistan und dem Irak. Einige Kinder sprechen mit den Helfern Bosnisch. Doch die meisten Bewohner sind junge, allein reisende Männer, überwiegend aus Pakistan.

Das örtliche Rote Kreuz versucht mit der Internationalen Organisation für Migration, die Lage in der Ruine unter Kontrolle zu halten. Sie stellen einen Wasch- und einen Toilettencontainer zur Verfügung. Jeden Tag um 14 Uhr organisieren sie eine warme Mahlzeit. In einer großen Halle werden Bierbänke und Tische aufgestellt, währenddessen füllt sich die endlose Menschenreihe, bewacht von zwei bosnischen Polizisten. Heute gibt es Reis mit Rindfleisch und Brot. Junge Pakistaner und Afghanen unterstützen die Helfer, sorgen für Ordnung in der Reihe.

Einer von ihnen ist der 21 Jahre alte Sayad Wassach aus einer Kleinstadt nahe Islamabad. Er ist seit 2016 auf dem Balkan, war zuvor ein Jahr in Griechenland, ist vor fünf Monaten nach Serbien aufgebrochen, seit drei Monaten lebt er in Bosnien. „Im Vergleich zu Serbien sind die Bedingungen gut“, sagt er, „die Bosnier sehr hilfsbereit.“ Er wolle nach Bilbao zu seinem Vater und dort in dessen Restaurant arbeiten. Dreimal habe er schon versucht über die Grenze zu kommen, mit den kroatischen Grenzpolizisten „das Spiel“ gespielt, wie er und seine Freunde es nennen. Sie wollten die Grenzpolizisten austricksen, zweimal mit der Hilfe von Schleppern, die durch das bewaldete und bergige Grenzland führen. Bislang hat er das Spiel immer verloren. Kurz hinter der Grenze wurde er von kroatischen Grenzpolizisten festgehalten, die haben sein Geld genommen, das Handy zerstört und ihn hinter der Grenze wieder abgeladen, sagt er. Doch er wird es wieder versuchen. „Ich habe keine andere Wahl, als über diese Grenze zu kommen.“

Spricht man mit Flüchtlingen, hört man ähnliche Geschichten über die kroatische Grenzpolizei, über den Einsatz von Hunden und Elektroschockern. Kroatien hat an der Grenze in den letzten Monaten aufgerüstet, setzt Wärmebildkameras und Drohnen ein. Die Europäische Kommission nehme diese Berichte über die Lage an ihrer Außengrenze ernst, teilt ein Sprecher auf Anfrage mit. Man sei mit den kroatischen Behörden „in Kontakt“ und vertraue darauf, dass Kroatien



Šuhret Fazlić

tien die Regeln des gemeinsamen europäischen Asylsystems umsetze.

Menschenunwürdige Orte wie das ehemalige Studentenwohnheim gibt es in der Gegend viele. Nur wenige Meter von der Innenstadt entfernt steht ein ehemaliges und seit Jahren einsturzgefährdetes Seniorenwohnheim. Gut 300 Flüchtlinge leben dort. Oder ein Acker in der Kleinstadt Velika Kladuša, 50 Kilometer nördlich von Bihać. Dort zelten 150 bis 200 Menschen, weitere 700 sollen in leerstehenden Gebäuden in der Stadt unterkommen.

Bürgermeister Fazlić schätzt, dass im Herbst 10 000 Menschen in der Region sein werden, die dann dringend ein Dach unter dem Kopf benötigen. Dabei ist er gar nicht für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig, sondern der bosnische Sicherheitsminister Dragan Mektić von der serbisch-demokratischen Partei. Seit Wochen versuche er ihn schon zum Handeln zu bewegen, passiert sei fast nichts, schimpft Fazlić, der der bürgerlichen Union angehört. Mektić hat wiederholt betont, dass Bosnien weiter ein Transitland bleiben solle. „Wir können Bosnien nicht zu einem Hotspot für Flüchtlinge machen“, hat er Ende Juni verkündet. Doch das ist schon längst geschehen. Die politischen Scharmützel sind mit den unterschiedlichen Parteibüchern der beiden und den bosnischen Parlamentswahlen im Oktober zu erklären. „Jeder will mit dem Thema politisch punkten“, sagt der Bürgermeister, beide Hände zu Fäusten geballt, „letztlich bleibt alles an mir hängen.“

Sicherheitsminister Dragan Mektić hat kürzlich für alle überraschend eine ehemalige Lagerhalle als Unterkunft für die Flüchtlinge vorgeschlagen – gut einen Kilometer von der bosnisch-kroatischen Grenze entfernt. Das werde die EU, die dafür 1,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat, nie akzeptieren, vermutet Fazlić. „Die will doch, dass die Migranten bei uns bleiben.“ So will es die Kommission nicht formulieren. Ihr Sprecher bezweifelt, dass die Lagerhalle gesundheitlichen Ansprüchen genüge, auch sei sie nicht für den Winter geeignet. Die nächsten Monate seien sehr hart, schon von September an wird es kalt in Bihać, sagt Fazlić: „Wenn wir bis September keine Unterkunft haben, wird es eine humanitäre Katastrophe geben.“

Die Hauptlast liegt somit beim Roten Kreuz und den internationalen Organisationen. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen hat Notunterkünfte für Familien und allein reisende Minderjährige bereitgestellt. Und auch einige Einwohner in Bihać helfen mit, spenden Kleider und Lebensmittel. „Viele von uns waren doch früher selbst einmal Flüchtlinge“, sagt Samira Vojic, während sie an einem Kiosk zwei Pakistanern Energydrinks verkauft, „daher helfen viele auch den neuen Flüchtlingen.“ Ebenfalls spiele es eine Rolle, dass viele muslimischen Glaubens seien. Die Mehrheit verhalte sich in der Stadt sehr friedlich, es gebe nur wenige Ausnahmen. Doch mit der steigenden Zahl an Menschen nehmen auch die Ausnahmen zu. Bürgermeister Fazlić glaubt, die Stimmung in der Stadt sei gerade am Kippen. Es gab bereits neun Raubüberfälle, die vermutlich von Flüchtlingen verübt wurden, vor ein paar Tagen ist ein Afghane in der Una ertrunken. „Wir können das nicht allein schaffen“, sagt der Bürgermeister.

Es bleibt in Bihać den Einheimischen und Flüchtlingen nichts anderes übrig, als sich aneinander zu gewöhnen. Wie an einem Freitagabend: Auf dem Fußballplatz unterhalb des ehemaligen Studentenwohnheims findet die jährliche Gedenkveranstaltung für die Opfer des Massakers von Srebrenica statt. Bürgermeister Fazlić ist da, ebenso gut 500 Bewohner. Sie formen zusammen die Zahl 8372 – die Opferzahl des Massakers. Knapp 60 Flüchtlinge sind auch gekommen. Sie stellen sich zwischen die Bewohner, gegenseitig tauschen sie Blicke und Worte aus. Die bosnische Nationalhymne erklingt, gefolgt vom Gedenklid „Srebrenica Inferno“, anschließend öffnen alle ihre Hände zum muslimischen Gebet.

Justizminister verteidigt VG Gelsenkirchen

cvl. FRANKFURT, 10. August. Der nordrhein-westfälische Justizminister Peter Biesenbach (CDU) hat das Verwaltungsgericht (VG) Gelsenkirchen nach massiver öffentlicher Kritik in Schutz genommen. Natürlich stehe es jedem frei, gerichtliche Entscheidungen auch kritisch zu bewerten. „Wenn Richter wegen kontroverser Urteile persönlich beleidigt und bedroht werden, ist das jedoch völlig inakzeptabel und kann zudem eine Straftat darstellen“, sagte Biesenbach dieser Zeitung.

Das VG Gelsenkirchen hatte am 13. Juli erfolglos versucht, die Abschiebung des islamistischen Gefährders Sami A. nach Tunesien zu verhindern und sodann seine Rückholung nach Deutschland angeordnet. Die Einschätzung, dass dem Abgeschobenen in Tunesien Folter drohe, hielten die Richter auch in einer weiteren Entscheidung von Freitagabend aufrecht. Dass A. in Tunesien bislang nicht misshandelt worden sei, heiße nicht, dass sich dies nicht jederzeit ändern könne.

Bereits nach seiner Entscheidung aus Juli erreichten das Gericht über hundert Hass-E-Mails und -briefe, die F.A.Z. Einspruch am Mittwoch auszugswise dokumentiert hat. Die Neue Richtervereinigung (NRV) kritisierte Biesenbach daraufhin am Freitag scharf wegen seiner als zu zurückhaltend empfundenen Kommunikation in der Sache. „Es geht nicht an, dass unabhängige Gerichte von einem Justizminister vertreten werden, der nicht den Mumm hat, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen“, hieß es von der NRV.

Biesenbach erklärte nun, „unabhängig davon, wie man zu der Entscheidung des VG Gelsenkirchen im Fall von Sami A. steht“, sei er überzeugt, dass die Richter diese „nach bestem Wissen und Gewissen in richterlicher Unabhängigkeit getroffen haben, wie es ihre Aufgabe ist“. Die Stadt Bochum habe im Übrigen Rechtsmittel eingelegt. „Die rechtliche Überprüfung wird nun das Oberverwaltungsgericht Münster vornehmen.“

Wichtiges in Kürze

Müncb warnt vor Terror

Der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, hält trotz der militärischen Erfolge gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) die Terrorgefahr in Deutschland für unverändert hoch. Die Zahl radikalisierte Personen steige sogar weiter, sagte er am Donnerstagabend in Mainz. Die Zahl der sogenannten Gefährder bezifferten die Sicherheitsbehörden auf aktuell rund 770. Derzeit liefern bereits in 1068 Fällen Ermittlungsverfahren wegen geplanter schwerer Straftaten mit islamistischem Hintergrund. „Das sind natürlich schon enorme Zahlen“, sagte Münch. Absprachen zwischen Mitgliedern fänden nunmehr im Verborgenen in geschützten Internet-Chaträumen statt. Münch sprach vom Aufbau eines „virtuellen Kalifats“. Aufwendig vorbereitete Terrorangriffe in Deutschland wie die im November 2015 in Paris hält das BKA derzeit jedoch für eher unwahrscheinlich. Die Polizei versuche stattdessen vor allem, mögliche Einzeltäter zu identifizieren und zu stoppen. (epd)

Beamtenstatus gefährdet

Dem AfD-Bundestagsabgeordneten Thomas Seitz soll nach dem Willen des baden-württembergischen Justizministeriums der Beamtenstatus entzogen werden. Der frühere Staatsanwalt hatte in sozialen Medien Flüchtlinge als „Invasoren“ bezeichnet und schon im Oktober 2015 zum Schusswaffengebrauch zur Abwehr von Flüchtlingen aufgerufen. Einige Aussagen hatte er in Zusammenhang mit seiner dienstlichen Tätigkeit gebracht, indem er seine Dienststrobe auf Facebook gezeigt hatte. Die Entscheidung trifft das Richterdienstgericht am Landgericht Karlsruhe. Seitz hatte kürzlich auch Aufmerksamkeits auf sich gezogen, weil er im Bundestag unautorisiert eine Schweigeminute abhielt. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) hatte die AfD hierfür gerügt. (rso.)

Demonstrationen in Rumänien

Zehntausende Menschen haben am Freitagabend in verschiedenen Städten Rumäniens gegen die sozialliberale Regierung demonstriert. Allein in der Hauptstadt Bukarest gingen nach Medienangaben mindestens 20 000 Menschen auf die Straße. Seit Monaten werfen Kritiker der Regierung vor, die Arbeit der Strafbehörden zu behindern und die Gesetze zur Korruptionsbekämpfung aufzuweichen. Vor dem Regierungssitz setzte die Polizei Tränengas gegen die Demonstranten ein, mehrere von ihnen wurden festgenommen. Auch in anderen Städten demonstrierten Tausende; in Klausenburg waren es laut der Nachrichtenagentur Mediafax rund zehntausend Menschen, in Hermannstadt etwa fünftausend, in Kronstadt und in Temeswar rund zweitausend. Zu den Demonstrationen aufgerufen hatten rumänische Gastarbeiter, die ihren Urlaub in der Heimat verbringen und sich über soziale Netzwerke abgesprochen hatten. (dpa)

Aufrüstung am Asowschen Meer

Die Spannungen zwischen der Ukraine und Russland verschärfen sich – und Moskau verlegt immer mehr Schiffe in das Gebiet / Von Gerhard Gnauck

WARSCHAU, 10. August. Am Asowschen Meer, wo Russland und die Ukraine aneinandergrenzen, wächst die Nervosität. Seit April unterwerfen russische Behörden ukrainische und ausländische Schiffe schikanösen Kontrollen und setzen sie dabei für längere Zeit fest. Mitte Juli wurde berichtet, die russische Kriegsflotte habe ihre Kräfte in diesem Nebenmeer des Schwarzen Meeres auf vierzig Einheiten erhöht. Am Freitag kündigte Kiew „Gegenmaßnahmen“ an.

Oleksandr Turtshynow, Chef des Nationalen Sicherheitsrats, besuchte die Region und sagte, nötig sei jetzt „die Verlegung eines Teils des Schiffsbestandes der Kriegsmarine, der Aufbau zusätzlicher Posten zur Beobachtung der Küstenlinie und des Meeres und schnelle Reaktionsgruppen“, die auf „russische Provokationen in der Asow-Region“ antworten könnten. Er habe mit der Marineführung über die Bildung einer neuen Einheit im Asowschen Meer gesprochen.

Turtshynow, eine wichtige Figur in der Verteidigungspolitik Kiews, sagte laut der Internetseite seiner Behörde, die

russische militärisch-politische Führung „sieht die Asow-Schwarzmeer-Region als wichtigen Schauplatz für eine weitere Expansion“. Die verstärkte militärische Präsenz Russlands gehe einher mit „einer brutalen Verletzung des internationalen Seerechts im Asowschen Meer“. Das zeige sich vor allem im „illegalen Bau“ der Brücke von Russland zur Krim, die Präsident Putin vor drei Monaten eröffnet hatte, und in der immer häufigeren Festsetzung von Schiffen durch russische Militärs. „Wir sehen hier den Versuch der Russischen Föderation, faktisch eine militärisch-wirtschaftliche Blockade der ukrainischen Küste des Asowschen Meeres zu beginnen.“ Russische militärische Land- und Seeoperationen an der Küste seien „nicht ausgeschlossen“.

Die Festsetzung und Durchsuchung ziviler Schiffe wirft Fragen nach den Motiven auf. Allein bis zum 16. Juli haben die Russen Kiew zufolge 148 Schiffe festgehalten; die Festsetzungen sollen in einigen Fällen bis zu drei Tage gedauert haben. Rechtlich sind der Ukraine die Hände gebunden, da ein Vertrag mit Russ-

land von 2003 vorsieht, dass beide Seiten im Asowschen Meer Schiffe kontrollieren dürfen.

Die Behinderung des Schiffsverkehrs könnte darauf abzielen, der Ukraine wirtschaftliche Schäden zuzufügen. Am Asowschen Meer liegen mit Mariupol und Berdjansk zwei große Hafenstädte, über die Stahlprodukte und Getreide exportiert werden, zwei der wichtigsten Exportgüter des Landes. „Die Blockade schafft mehr Spannung in Städten wie Mariupol, aber auch kleineren Orten, wo der Wohlstand von der Fischerei und dem Seehandel abhängt“, sagt Oleksij Melnyk vom Kiewer Institut Rasumkow-Zentrum.

Medienberichten zufolge hat der Hafen der Stadt Mariupol, wo sich ein Stahlwerk befindet, durch die Behinderung der Schiffe Verluste von 30 Prozent zu verbuchen. Auch an Land wachsen die Spannungen. Ein Stück Küste östlich von Mariupol gehört zu den Separatistengebieten der Ostukraine.

Alexander Hug, stellvertretender Direktor der OSZE-Beobachtungsmission in der Ukraine, sagte dieser Zeitung, im

Landstreifen dieses Gebiets, der sich von der Küste Richtung Donezk ins Landesinnere zieht, habe sich die Behinderung der OSZE-Beobachter „in den letzten Wochen gehäuft“. Allein für den 8. August verzeichnet der Tagesbericht der Beobachter vier Vorfälle in Küstennähe, wo bewaffnete Männer OSZE-Fahrzeugen die Weiterfahrt untersagten oder sie in eine andere Richtung umleiteten. In einem Fall sagte ein Bewaffneter, die Behinderungen seien nötig, um Urlauber in der Region zu schützen, und würden nach der Urlaubssaison wieder entfallen.

Neuartige Beobachtungen meldet die OSZE aus anderen Teilen der faktisch besetzten ostukrainischen Gebiete. Durch den Einsatz von Langstreckendrohnen ist es in dieser Woche erstmals gelungen, zu dokumentieren, wie Lastwagenkolonnen in der Nacht auf einem Feldweg die Grenze zu Russland überquerten. Bei Manjtsch östlich von Donezk, heißt es im OSZE-Bericht, sei ein Konvoi von Russland in die besetzten Gebiete gefahren, ein anderer gleichzeitig in umgekehrter Richtung. „Was in den Fahrzeugen war, können wir nicht ermitteln. Früher ha-

ben wir auf unbefestigten Wegen wohl zur Grenze führende Spuren gesehen, aber nicht die Fahrzeuge selbst“, sagt Hug. Außerdem ermittelten die Beobachter erstmals ein provisorisches Feldlager von 21 teils gepanzerten Fahrzeugen nahe der russischen Grenze. Die Langstreckendrohnen waren bei der OSZE zu nächst bis August 2016 im Einsatz; wegen Beschusses und elektronischer Störmaßnahmen wurde ihr Betrieb eingestellt und erst im März dieses Jahres wieder aufgenommen.

Zur Behinderung des Schiffsverkehrs im Asowschen Meer konnte die OSZE-Mission keine eigenen Beobachtungen machen. „Vergessen Sie nicht, unser Auftrag endet an den Grenzen der Ukraine“, sagt Hug. Allerdings haben die Beobachter den Vorfall um das russische Schiff „Nord“ intensiv beobachtet. Dieses war von den ukrainischen Behörden festgesetzt worden; die Besatzung ist inzwischen wieder in Russland. In russischen Medien wurde der Vorfall als Grund für die laufenden russischen Maßnahmen zur Behinderung des Schiffsverkehrs dargestellt.